

8 Mrd. € neue Subventionen: Bundesrat will Fördervolumen für Windkraft massiv ausweiten

Saarlouis, 29. März 2026

Der Bundesrat hat am 27. März einer bayerischen Gesetzesinitiative zugestimmt, die eine zusätzliche Sonderausschreibung für Windenergie an Land im Umfang von 5.000 Megawatt vorsieht. Damit steigt das Ausschreibungsvolumen für 2026 von bislang 10.945 MW auf insgesamt 15.945 MW. Die Entscheidung liegt nun beim Bundestag.

„**Statt die Kosten zu senken, weitet die Politik die Subventionen aus – und das in Milliardenhöhe**“, kritisiert der Vernunftkraft-Vorstandsmitglied Rainer Ebeling. Die jüngsten Ausschreibungen waren überzeichnet, der durchschnittliche Zuschlagswert sank auf 6,06 ct/kWh. Eine Erhöhung der Fördermenge würde dazu führen, dass die Windkraftprojektierer ihre Gebote wieder nahe an 7,25 ct/kWh platzieren werden – ein Schritt, der die Förderkosten deutlich erhöht.

Referenzertragsmodell treibt Kosten weiter nach oben

Besonders teuer wird die Maßnahme in windschwachen Regionen wie Bayern. Dort erhöht das Referenzertragsmodell die Vergütung um bis zu 55 Prozent – auf bis zu **11,24 ct/kWh**. Der Marktwert Wind lag seit 2023 in jedem Monat unterhalb dieses Niveaus. Die Förderung greift damit nahezu durchgehend.

Geschätzte Zusatzbelastung: mindestens 8 Milliarden Euro

Unter konservativen Annahmen ergibt sich **nach Berechnungen der Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT ein zusätzlicher Förderbedarf von rund 8 Milliarden Euro**. Je nach Standortverteilung der neuen Anlagen kann die tatsächliche Belastung jedoch auch deutlich höher ausfallen.

Hinzu kommt: Sinkende Marktwerte erhöhen auch die Ausgleichszahlungen für die mehr als 30.000 bestehenden Windkraftanlagen. Die 8 Milliarden Euro sind daher eher eine **Untergrenze**.

Sonderausschreibung widerspricht Netzdienstleistungs-Agenda und Koalitionsvertrag

Bundeswirtschaftsministerin Reiche fordert seit Monaten einen netzdienlichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Sonderausschreibung wirkt jedoch in die entgegengesetzte Richtung: Sie erhöht die gleichzeitige Einspeisung in windstarken Stunden, verschärft Netzengpässe und steigert den Redispatch-Bedarf.

Zudem sieht der Koalitionsvertrag ausdrücklich eine **Überprüfung des Referenzertragsmodells für Süddeutschland** vor, um überhöhte Förderkosten zu vermeiden. Die neue Sonderausschreibung verstärkt jedoch genau diese Mechanik.

Fazit

Die Maßnahme führt zu höheren Förderlasten, höheren Netzausbaukosten und langfristig höheren Strompreisen. Sie folgt nicht den Erfordernissen des Stromsystems, sondern den Interessen der Projektierer. Die Allgemeinheit trägt die Kosten.

Kontakt:

Pressesprecher Dr. Christoph Canne, Im Fischerfeld 15, 66740 Saarlouis

Tel. 0177-372-4631, presse@vernunftkraft.de

Zum Verein Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT: (www.VERNUNFTKRAFT.de)

Der Verband wird von rein ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern getragen. Weltanschaulich und politisch unabhängig setzen sich diese für eine "vernünftige Energiepolitik" zum Wohl von Mensch und Natur ein. Im Rahmen energie- und umweltpolitischer Fragestellungen vermittelt der Verband Wissen über ökologische, ökonomische und technische Zusammenhänge und befördert somit sachgerechte und fundierte Einschätzungen der Auswirkungen umwelt- und energiepolitischer Maßnahmen auf die Allgemeinheit/Volkswirtschaft und die Natur. Über Stellungnahmen, fachliche Expertisen und die Bündelung von Interessen durch die Weichenstellungen unmittelbar betroffenen Bürger (aktuell ca. 900 lokale Bürgerinitiativen) wirkt der Verband an der menschen- und naturfreundlichen Ausgestaltung von Rahmenbedingungen im Sinne des energiepolitischen Zieldreiecks (Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit) mit.